



Gian-Reto Plattner
SP

1939 in Zürich geboren; Dr. phil. II der Universität Basel, a.o. Professor für Physik der Universität Basel seit 1984; verheiratet, fünf leibliche Kinder, zwei Pflegekinder.

1982 Wahl in den Einwohnerrat Riehen, Wiederwahlen 1986 und 1990, Präsident 1988-1990; 1984 Wahl in den Grossen Rat, Wiederwahl 1988, Fraktionspräsident, Präsident der Umweltschutzkommission seit 1986.

Nehmen wir einmal an, Sie sind in den Ständerat gewählt worden: Welche Ziele und Schwerpunkte wollen Sie in der kleinen Kammer des Bundesparlamentes verfolgen?

Gian-Reto Plattner: Wer mich kennt, weiss, dass mein Hauptaugenmerk sowohl als Politiker als auch als Physiker und Naturwissenschaftler den Umweltproblemen, der Sorge um unsere Umwelt gilt. Ich meine damit in erster Linie die globalen Probleme wie den Treibhauseffekt oder den Abbau der Ozonschicht.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Energiepolitik, denn viele unserer Umweltprobleme rühren daher, dass die von uns verbrauchte Energie zu billig ist und wir deshalb zu einem sorglosen Umgang mit den Energieressourcen verleitet werden.

Als dritten Schwerpunkt möchte ich die Sozial- und Konsumentenpolitik nennen, die im Ständerat eindeutig wenigstens Fürsprecher hat. Hier möchte ich das fortführen, was meine drei - hoffentlich - Vorgänger als SP-Ständeräte in Bern, Hanspeter Tschudi, Willi Wenk und Carl Miville, begonnen haben.

Blieben wir für einen Moment bei der Umweltpolitik. Welche Massnahmen und Instrumente braucht es, um die regionalen und globalen Probleme angehen und lösen zu können? Wie wollen Sie sich in Bern dafür einsetzen?

Früher war ich der Ansicht, dass eine wirksame Erhaltung unserer Umwelt nur durch strikte Regelungen, die ich aus heutiger Sicht als polizeirechtliche Massnahmen bezeichnen würde, erreicht werden kann. Aufgrund vieler Gespräche mit Wirtschaftsvertretern und auch bürgerlichen Politikern bin ich aber zur Überzeugung gekommen, dass dies der falsche Weg ist. Natürlich muss der Staat gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen; innerhalb dieser muss man aber die Marktwirtschaft als bestes Motivationsmittel spielen lassen. Wohlgeordnet nicht eine Marktwirtschaft im Sinne des klassischen Manchester-Liberalismus, sondern vielmehr eine soziale und ökologisch verantwortbare Marktwirtschaft.

Konkret heisst dies einerseits Lenkungsabgaben ohne Erhöhung der Staatsquote, wobei derjenige mehr bezahlt, der viel Energie und Rohstoffe verbraucht, und derjenige weniger bezahlt, der sich um einen sparsamen Verbrauch bemüht. Die Abgaben sollten dann unter allen Gleichermassen verteilt werden. Der Staat soll sich ja daran nicht bereichern, schliesslich geht es hierbei nicht um Finanz- sondern um Umweltpolitik.

Andererseits muss das Verursacherprinzip konsequent durchgesetzt werden,

das heisst, dass derjenige für die Kosten aufkommen muss, der sie verursacht. Dies sind die beiden zentralen Instrumente, die dann von Fall zu Fall ausgestaltet werden müssen.

Einsetzen möchte ich mich als Ständerat zudem für die Vollendung und einen raschen und konsequenten Vollzug der Luftreinhalteverordnung, die Verminderung des Abfalls und den wirksamen Gewässerschutz sowie international für die Erhaltung der Artenvielfalt und die Sauberhaltung der Meere. Gerade der Verlust der Artenvielfalt zeigt auf, wie sorglos wir letztlich auch mit unserer eigenen Existenz umgehen. Über Jahrmillionen hat die Natur gewissermassen eine natürliche evolutionäre Gentechnologie betrieben und nun gehen wir hin und schmeissen alles weg. Das ist etwa das Gleiche, wie wenn z.B. die chemische Industrie forscht und forscht, und dann geht jemand hin und wirft alle Laborjournale und andere wichtige Unterlagen weg.

Wirksamer Umweltschutz setzt eben auch das Akzeptieren einer Plafonierung des Wachstums voraus. Damit zusammen hängt ein weiteres Anliegen meinerseits, die nachhaltige Förderung der Wirtschaft. Wir müssen unsere Wirtschaft so betreiben, dass sie zwar wachsen und sich verändern kann, aber auch dauernd auf dieser Grundlage weitergeführt werden kann. Das heisst: Mehr Energieverbrauch ja, aber nur wenn die Energie nachhaltig erzeugt wird, also auch dauernd erneuerbar ist. Ich bin also keineswegs ein «Ökorumantiker», der die Wirtschaft auf «Nullwachstum» zurückschrauben will, die Wirtschaft muss vielmehr in eine ganz bestimmte Richtung gefördert werden.

Welches parlamentarische Instrument, die ja alle in der Geschäftsordnung des Ständerates festgelegt sind, im Einzelfall sinnvoll zur Durchsetzung all dieser Anliegen ist, dazu müsste ich erst Erfahrungen sammeln. Wichtiger ist dabei ja vielmehr die Frage, ob man für seine Anliegen eine Mehrheit findet. Ich würde deshalb versuchen, meine Parlamentskollegeninnen und -kollegen im Gespräch, im direkten Kontakt zu überzeugen. In diesem Zusammenhang hat es mich natürlich gefreut, dass die bürgerliche «Neue Zürcher Zeitung (NZZ)» mich als konsensfähigen, pragmatischen Politiker bezeichnet hat. Ich meinerseits bin der festen Überzeugung, dass ohne Konsens kein Fortschritt möglich ist.

Nun zu einem zweiten aktuellen Thema, der Asylpolitik. Sie fordern eine «ethisch motivierte» Aussenpolitik der Schweiz gegenüber den Herkunftsländern von Asylsuchenden, sowie den Einsatz finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe zur Verbesserung der dortigen Situation. Wie stellen Sie sich das konkret vor? Ist das überhaupt finanzierbar?

Die Asylproblematik hat ja im Grundsatz eine ökologisch-soziale dominante Komponente. Das Problem entsteht ja nicht erst, wenn die Asylsuchenden an unserer Grenze stehen. Seine Ursachen liegen in den Herkunftsländern selbst.

Wir investieren Millionen von Steuer-geldern, im Jahr 2000 vermutlich sogar Milliarden, in eine technokratische Bearbeitung zur Feinunterscheidung von echten und sogenannten «falschen» Flüchtlingen, ohne damit auch nur ein einziges Problem zu lösen. Wir verwalten das Problem, wir lösen es nicht.

Es ist ja zum Beispiel absurd, dass wir einerseits Rüstungsgüter herstellen, um diese dann in Länder mit nicht immer demokratischen Verhältnissen zu exportieren. Dort müssen die Menschen dann vor russischen, amerikanischen, tschechischen, französischen, aber eben auch vor unseren Waffen flüchten; und wir beklagen uns dann andererseits darüber, wenn die gleichen Menschen an unserer Grenze stehen. Ethisch motivierte Aussenpolitik heisst deshalb konsequenterweise: Verbot sämtlicher Waffenexporte, ob diese nun Profit bringen oder nicht. Wir sollten wegkommen von unserer dominant wirtschaftlich motivierten Asyl- und Aussenpolitik und stattdessen sinnvolle Hilfsprojekte in den Entwicklungslän-



dem finanziell unterstützen. Zur Finanzierung ist zu sagen, dass wir das Problem ja nicht allein lösen müssen, sondern nur einen Bruchteil davon. Wiederum mit einer aktiveren Aussenpolitik müssen wir darauf hinwirken, dass andere Länder mit uns am selben Strick ziehen.

Was die Asylsuchenden betrifft, die schon bei uns leben, so unterstütze ich voll und ganz die entsprechende Politik des Bundesrates, die ich, obwohl sie noch etwas Geduld seitens der Bevölkerung braucht, für erfolgversprechend und die einzige mögliche halte.

Wie gedenken Sie im Ständerat der zunehmenden Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz entgegenzutreten?

Ich halte uns Schweizer nicht für zunehmend fremdenfeindlich. Ohne das

gerne auf diesen «Schreibergarten Schweiz», an dessen Grenzen die Umweltzerstörung weiss Gott nicht halt macht. Vielmehr müssen wir im gemeinsamen «Haus Europa» diese Probleme gemeinsam anpacken und lösen.

Was würden Sie an Souveränitätsrechten preisgeben, um im Europazug mitfahren können?

Keine. Ich würde nur jene Kompetenzen abgeben, die wir delegieren müssen, wenn eine Frage gesamteuropäisch geregelt werden muss. Die SP schlägt ja die Schaffung einer Volksmotion vor, mit der der Bundesrat verpflichtet werden könnte, Verhandlungen auf diese oder jene Art zu führen; ähnlich, wie dies vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt im Zusammenhang mit dem KKW Kaiseraugst verlangt worden war.

schon und raumplanerischen Fiasko wie in Zürich wird. Die dortige Agglomeration wächst wegen der S-Bahn jetzt bereits ins Thurgauische, ins Zugerland und in die Innerschweiz, dies bei einer Zunahme des Gesamtverkehrsaufkommens.

Deshalb sollten bei uns verbrauchsabhängige Abgaben beim privaten Motorfahrzeugverkehr eingeführt werden; nicht etwa eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern, sondern Strassenbenützung- oder Staugebühren. Die Schaffung der dazu notwendigen gesetzlichen Grundlagen wäre ein weiterer Schwerpunkt meines Engagements im Ständerat.

In Ihren Wahlkampfinseraten suchen Sie den «Konsens der Vernünftigen». Was ist damit gemeint? Ist die Gegenpartei unvernünftig?

Ich nehme sicher nicht die Vernunft für mich allein in Anspruch. Unter dem Konsens der Vernünftigen verstehe ich den Konsens derjenigen Leute, die über alle Parteigrenzen hinweg in ökologischen Fragen ähnlich wie ich denken. Das heisst noch lange nicht, dass diese Leute in allen Fragen mit mir übereinstimmen. Ich halte Parteigrenzen in Ökologiefragen für schädlich und möchte sie deshalb überwinden.

Sie verwenden im Wahlkampf sehr oft Ihren Professoren-Titel. Ist das Wahltaktik oder wollen Sie damit den Einzug der Wissenschaft in die Politik unterstreichen?

Natürlich überlegt man sich, wie und warum man etwas schreibt. Zwei Dinge sind in diesem Zusammenhang für mich massgebend. Zum einen sind im Ständerat die Naturwissenschaftler gegenüber den Juristen eine krasse Minderheit; ich meine aber, dass das naturwissenschaftliche Denken in der Politik nicht weniger zur Lösung der Probleme beizutragen vermag als das juristische. Zum anderen glaube ich schon, dass man als Professor über einen nicht unerheblichen Kompetenznachweis verfügt.

Wie empfanden Sie den bisherigen Wahlkampf?

Wie Fernschach. Anstatt sich am Brett zu messen, das heisst in der offenen und fairen demokratischen Auseinandersetzung das Stimmvolk zu überzeugen, nimmt sich die Gegenseite für jeden Zug reichlich Zeit. Mein Gegenkandidat scheute bis auf wenige Ausnahmen diese Gegenüberstellung mit mir. In einer Ständeratsdebatte kann man sich nach seinem Votum schliesslich auch nicht eine Woche Zeit zur Vorbereitung für das nächste nehmen. Von einem Ständeratswahlkampf erwarte ich zudem mehr als zwei Podiumsgespräche bei den Grauen Panther und dem Verkehrsclub der Schweiz (VCS).

Könnten Sie sich abschliessend in wenigen Worten als Mensch selbst charakterisieren? Wo sehen Sie Ihre Stärken, wo Ihre Schwächen?

Ich glaube, dass ich über eine rasche und gute Auffassungsgabe auch bei komplexen Themen verfüge. Eine eher janusköpfige Eigenschaft ist mein Temperament, das mich manchmal sogar für mich selbst unberechenbar macht. Dies treibt mich einerseits immer wieder vorwärts, ist die Energie, die ich nicht zuletzt zum Politisieren brauche, andererseits wirke ich aus diesem Temperament heraus manchmal auch aggressiv, verletzend und manchmal sogar arrogant anderen Menschen gegenüber. Hinterher tut es mir immer leid, weil ich eigentlich jemand bin, der seine Mitmenschen gern hat. Ich bemühe mich deshalb, ruhiger und gelassener zu werden. Manchmal fällt mir dies aber zugegebenermassen schwer, denn ich möchte ja auch mich selbst bleiben und nicht aus politischem oder sonstigem Opportunismus heraus zu einem «Kunstprodukt» werden.

Aufgrund vieler Gespräche mit Wirtschaftsvertretern und auch bürgerlichen Politikern bin ich zur Überzeugung gekommen, dass polizeiliche Massnahmen zur Erhaltung der Umwelt der falsche Weg sind.



Problem bagatellisieren zu wollen, glaube ich, dass es einfach einen Bodensatz an Fremdenhassern gibt, die sich sehr lautstark bemerkbar machen und deshalb über Gebühr viel Aufmerksamkeit erregen. Die Schweiz fühlt sich traditionellerweise viel zu sehr mit den Fremden verbunden, als dass der Fremdenhass überhand nehmen könnte. Andere europäische Länder sind diesbezüglich anfälliger.

Stichwort Europa: Wie soll sich die Schweiz Ihrer Meinung nach im zukünftigen Europa integrieren? Welche Rolle soll und kann unser Land spielen?

Ich stehe ganz klar für einen Beitritt der Schweiz zur EG ein. Denn, obwohl die EG sicher nicht meinem Traumbild eines «Vereins» entspricht, führt längerfristig kein Weg an ihr vorbei. Wir können nicht jetzt sagen: «So, jetzt macht mal», um dann in 15 Jahren zu frohlocken: «Ätsch, ihr könnt's ja doch nicht». Diese schweizerische Selbstgefälligkeit und Rechthaberei, dieses Zuschauen vom «Bergli» hinunter, finde ich grässlich. Das Gleiche gilt für die EWR-Verhandlungen. Natürlich muss die EG weniger zentralistisch werden, sich zugunsten dezentraler Entscheidungen und deren Vollzug in Richtung des schweizerischen Subsidiaritätsprinzips entwickeln. Regionale Strukturen sollten nicht nur erhalten, sondern neu geschaffen werden. Wenn schon Europa, dann muss man natürliche Einheiten, auch unabhängig von nationalen Grenzen, wie zum Beispiel bei uns Basel/Elsass/Südbaden, wieder zusammenkommen lassen. Über allem muss eine momentan in der EG kaum vorhandene, demokratische Kontrolle, etwa mit einem parlamentarischen Zweikammersystem ähnlich dem National- und Ständerat, mit vom Volk gewählten Parteien- und Nationenvertretungen, stehen.

Im Gegensatz etwa zu den Grünen vertrete ich die Ansicht, dass sich die Schweiz, trotz vielleicht im Vergleich mit anderen Ländern strikteren Vorschriften, gerade auch im Umweltschutz, keinen Alleingang leisten kann. Ich verzichte

Können Sie sich vorstellen, im Jahr 2000 am morgen Butter aus Irland aufs Brot zu streichen und den Café im Stammlokal in Ecu statt Franken zu bezahlen?

Vorstellen kann ich mir das, allerdings nicht schon im Jahr 2000. Was die irische Butter betrifft, so prophezeie ich für das neugeborene Europa schon bald einen Kollaps, den Verkehrskollaps nämlich. Experten sprechen von einer Verdoppelung des innereuropäischen Verkehrsaufkommens im Handels- und Güterverkehr in den nächsten Jahren. Deshalb müssen wir alles daran setzen, diesen Verkehr auf die Schiene zu bekommen. Zum zweiten müssen wiederum marktwirtschaftliche Instrumente wie Lenkungsabgaben und Verursacherprinzip zu einer Verteuerung des Energie- und Rohstoffkonsums führen, so dass jeder einzelne sich fragen muss, ob er Milch in Dänemark melken, in Österreich pasteurisieren, in Spanien abfüllen und hier bei uns trinken lassen will, wie das mit vielen Waren heute noch geschieht. Hier müssen wir auch als Verbraucher unser Bewusstsein schärfen.

Welche speziellen Basler Anliegen wollen Sie im Ständerat zur Sprache bringen?

Ich werde mich im Sinne der von den Kantonen Basel-Stadt und Genf gemeinsam lancierten Standesinitiative dafür einsetzen, dass unser Kanton, der ja auch vielen Auswärtigen Arbeitsplätze bietet, bei diesen Arbeitnehmern eine Teilsteuer erheben kann und nicht nur, wie bis anhin, der Wohnkanton.

Einsetzen möchte ich mich auch in der Verkehrspolitik. Anders als in Zürich, wo der Bund ja via die SBB die Regio-S-Bahn zu grossen Teilen mitfinanziert hat, müssen wir bei uns, wo ja nicht nur die SBB, sondern auch die DB und die SNCF beteiligt sind, andere Finanzierungsmodelle finden, wobei ich natürlich als Ständerat auch den Bund in die Pflicht nehmen würde.

Wir müssen mit flankierenden Massnahmen auch verhindern, dass die hiesige Regio-S-Bahn zu einem verkehrstechni-



Die Asylproblematik entsteht nicht erst, wenn die Asylsuchenden an unserer Grenze stehen. Ihre Ursache liegt in den Herkunftsländern selbst. Mit dem heutigen Asylverfahren verwalten wir das Problem, wir lösen es nicht.